

Sicherheit in neuen Zeiten

Verantwortung übernehmen,
Führung zeigen, Probleme lösen

Erklärung der Präsidien von CDU und CSU
Köln, 2. Mai 2022

„Kölner Erklärung“

Sicherheit in neuen Zeiten

Verantwortung übernehmen, Führung zeigen, Probleme lösen

I. Lage

Der Wettbewerb der politischen Systeme ist zurück. Trotz Globalisierung stehen sich freiheitliche Demokratien und autoritäre Regime in mehreren Konflikten gegenüber. Die Ordnung der Welt, wie wir sie seit 1945 und 1990 kennen, ist unter großem Druck. Die revisionistische Nuklearmacht und UN-Vetomacht Russland hat das Prinzip des gewaltfreien, regelgeleiteten Umgangs der Staaten miteinander einseitig aufgekündigt. Die bisherige europäische Sicherheits- und Friedensarchitektur existiert nicht mehr. Die Demokratien Europas werden von Russland bedroht und bedürfen mehr denn je seit 1945 des Beistands der USA. Aber auch wichtige globale Akteure wie China und Indien verurteilen die Aggression Russlands nicht, und ein noch größerer Teil der internationalen Staatengemeinschaft beteiligt sich nicht an den wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland. Die mit der Globalisierung nach 1990 verbundenen Hoffnungen auf eine globale Annäherung hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben sich längst nicht überall erfüllt – der Bogen der Geschichte hin zur Gerechtigkeit dauert länger, und er vervollständigt sich nicht automatisch. All dies passiert zu einem Zeitpunkt, an dem die Welt nicht nur wegen der Klimaveränderung eigentlich ein Höchstmaß an Kooperation benötigt. Kein anderes Land ist von diesen Umbrüchen mehr betroffen als Deutschland.

Wir verdanken unseren Wohlstand in weiten Teilen der Tatsache, dass wir aus aller Welt günstig Rohstoffe und Vorprodukte importieren, daraus hochwertige Endprodukte fertigen und diese mit Gewinn international verkaufen. Die sich abzeichnende wirtschaftliche und politische Abkühlung der Globalisierung bedroht dieses Modell und kann zu Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlusten führen.

Deutschland ist auch militärisch und sicherheitspolitisch hochgradig vulnerabel. Strategisches Denken und operative Wehrhaftigkeit müssen eine wesentlich höhere politische Priorität erhalten. Unter den jetzigen Bedingungen gefährdet die Abhängigkeit vom Import russischer fossiler Primärenergie bei gleichzeitigem doppeltem Ausstieg aus

Kohle- und Kernenergie die Souveränität des Landes. Zu guter Letzt hat die Pandemie die Strukturschwächen der deutschen Verwaltung erkennbar werden lassen. Um diese Umbrüche zu bewältigen, braucht es politische Führung und eine Zukunftserzählung.

Kein anderes Land hat sich so gute Voraussetzungen erarbeitet, um diesen Umbau, diese Transformation, diese Entwicklungen zu meistern wie Deutschland. Der größte Mitgliedstaat der EU, das wirtschaftlich führende Land im Euro, das politisch seit Jahrzehnten stabilste Land unseres Kontinents mit einer wachsenden Bevölkerung von fast 85 Millionen fleißigen Menschen ist ein fester Bestandteil der europäischen und westlichen Familie der Demokratien. Deutschland kann viel mehr. Deutschland kann für sich selbst und seine Freunde und Partner in der Welt mit einer neuen und umfassenden Sicherheitsarchitektur Freiheit und Selbstbestimmung gewähren und als Teil eines souveränen Europas Motor der Veränderung hin zu einer regelgestützten internationalen Völkergemeinschaft sein. Die Geschichte geht weiter. Und sie wird eine bessere Zukunft hervorbringen.

II. Deutschland muss machen, worauf es ankommt

Deutschland muss sich behaupten und erneuern. Es muss dringend seine nationalen Interessen vor dem Hintergrund der neuen Wirklichkeit definieren, für deren Umsetzung und Wahrung einen nationalen Kraftakt beschließen und mit der Bevölkerung des Landes angehen. Die politische Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden, darum geht es heute mehr denn je. Die Bedrohung unserer freiheitlichen Ordnung muss erkannt und beschrieben werden. Um diese Herausforderung zu meistern bedarf es einer umfassenden Wehrhaftigkeit, die auch manchen Verzicht und manche Last mit sich bringen wird, aber dafür unsere Freiheit bewahrt. Worauf es ankommt: Sicherheit umfassend denken und danach handeln. Das ist die zentrale Aufgabe der deutschen Politik, und die Union aus CDU und CSU hat hierfür Antworten:

1. Gefahren erkennen und abwenden: Wir dürfen uns nicht durch energiepolitische Abhängigkeiten erpressen lassen. Wir werden im Innern durch Desinformation und hybride Konfliktführung herausgefordert. Wenn Staaten hierbei mit Konsequenzen auf unsere

Wirtschaftsbeziehungen und Investitionen drohen, ist das als Gefährdung „unserer Souveränität nicht hinnehmbar. Diese Gefährdungen unserer Souveränität sind nicht hinnehmbar. Deutschland braucht einen Gefahrenradar, das Land muss alle seine Abhängigkeiten vermessen und bewerten. Dazu zählen militärische Bedrohungen und Gefahren durch Terrorismus und organisierte Kriminalität im Innern, genau wie gezielte Desinformationskampagnen und jede Form des Extremismus. Aber auch Klimafolgeschäden, Abhängigkeiten in der Wirtschaft, in der Energieversorgung, bei Nahrungsmitteln, in der Technologie und Infrastruktur, sowie Schwächungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch ungleichwertige Lebensverhältnisse.

2. Resilienz und Wehrhaftigkeit erhöhen: Deutschland muss seine Verteidigungskräfte und seine Abwehrfähigkeiten an die neue Wirklichkeit anpassen: Einsatzfähigkeit, Durchhaltefähigkeit und Führungsfähigkeit müssen gestärkt werden. Ein Sondervermögen Bundeswehr und eine vage Ankündigung höherer Verteidigungsausgaben werden ohne klare Investitionsziele sowie Beschaffungs- und Strukturreformen verpuffen – Geld allein löst die Probleme nicht. Es ist auch kein Ersatz für eine umfassende Sicherheitsstrategie, die einen vernetzten und ressortübergreifenden Sicherheitsbegriff ebenso enthalten muss wie eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Instrumenten der Gefahrenabwehr und Prävention. Auch der Bevölkerungsschutz muss modernisiert und ausgebaut werden.

Basieren muss eine deutsche Sicherheitsstrategie immer auf Absprachen mit den Partnern in der NATO und der EU. Der erste Schritt dabei muss aber sein, die neue Bedrohungssituation zu analysieren und zu definieren, welche Fähigkeit wir brauchen, um dieser zu begegnen. Ein Nationaler Sicherheitsrat muss auf dieser Basis die Sicherheitsstrategie mit Leben füllen und die neue Sicherheitspolitik verkörpern und nach außen darstellen.

3. Globalisierungsmodell Deutschlands überarbeiten und neu bewerten: Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands bedarf einer Berücksichtigung der allgemeinen Sicherheitsinteressen Deutschlands. Die Sicherheit Deutschlands beinhaltet auch die Sicherheit von Arbeitsplätzen und Einkommen. Daher benötigt Deutschland eine neue Globalisierungsstrategie, die sich mehr mit den Wachstumsmöglichkeiten in der EU,

den USA und Afrikas beschäftigt und die Abhängigkeit von anderen Staaten neu bewertet. Eine unmittelbare Lehre aus der aktuellen Entwicklung ist den Freihandel mit anderen Demokratien zu verstärken – wir müssen den hohen Eigenwert eines freien und demokratischen Handelns neu verinnerlichen. Globalisierungsstrategie und Sicherheitsstrategie sind zwei Seiten einer Medaille und machen erkennbar, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müssen. Wirtschaft und Beschäftigte, Wissenschaft und Innovationstreiber, Zivilgesellschaft und Denkfabriken müssen in die Arbeit eines Nationalen Sicherheitsrates integriert werden. Wir brauchen ein gemeinsames neues Denken für Sicherheit und Souveränität.

4. Klimawandel und Klimapolitik nicht vergessen und ganzheitlich denken: Das Pariser Abkommen muss trotz des Infragestellens der internationalen Ordnung durch Russland konsequent umgesetzt werden. Die durch Putins Krieg offensichtlich gewordene Notwendigkeit der Neuordnung globaler Energiepolitik muss in Deutschland, Europa und international konsequent zur Beschleunigung von Energieeffizienz, Erneuerbaren Energien und technologischer Innovation genutzt werden. Investitionen in diesen Bereichen sind angesichts massiv gestiegener Preise für fossile Energien noch deutlich rentabler geworden. Um russische Importe zu ersetzen, sind kurzfristig auch Umwege erforderlich. Es bleibt aber bei den Klimazielen aller Ebenen für 2030 und bei Klimaneutralität in Deutschland bis spätestens 2045. Neben Investitionen in Deutschland ist europäische Zusammenarbeit angezeigt und internationale Kooperation, etwa mit grenzüberschreitender Energie-Infrastruktur und mit breit gefächerten Wasserstoff-Partnerschaften als Antwort auf einseitige Abhängigkeiten. Ein Klimaclub internationaler Vorreiter verbindet Fortschritte beim Klimaschutz mit wirtschaftlichen Chancen. Klima, Energie, Menschenrechte und Sicherheit werden dabei ganzheitlich zusammen gedacht.

5. Offensiv kommunizieren und Mut machen: Der Konflikt zwischen Russland mit seinen autokratischen Gesinnungspartnern in der Welt und den freien Demokratien droht sich über einen regionalen Krieg hinaus auszudehnen. Dies bedingt eine offensive Kommunikation der vor uns allen liegenden Herausforderungen an die Menschen in Deutschland und Europa. Kommunikation beginnt in einer Demokratie im Parlament, und hier muss gerungen werden um den richtigen Weg. Von den dort geführten Debatten und

getroffenen Entscheidungen wird es abhängen, ob Deutschlands Weg in eine sichere Zukunft führt. Dort muss Klarheit und Ehrlichkeit herrschen, dort müssen Wahrheiten beschrieben und Entscheidungen begründet und mit glaubwürdigen und in den Grundlinien einer neuen umfassenden Sicherheitspolitik übereinstimmenden politischen Mehrheiten unterlegt werden. Dafür braucht es klare Sprache, klare Prozesse und klare Verantwortlichkeiten. Nur dann erweisen sich Demokratien als überlegen.

CDU und CSU sind geprägt von der Zuversicht des christlichen Glaubens und eines Menschenbildes der Hoffnung und der Güte. Auf diesem Fundament ruhend wollen CDU und CSU in vermeintlich hoffnungslosen Zeiten, die von Krieg, Pandemie und Klimabedrohung gezeichnet sind, den Menschen in Deutschland sagen, dass Mut und Zuversicht die Leitlinien der Unionspolitik waren und sind. In den Trümmern des Zweiten Weltkriegs inmitten von Ruinen gegründet, ist die Union die politische Kraft in Deutschland, die auch jetzt unermüdlich darum ringt, Probleme schonungslos zu beschreiben, nach Lösungen zu suchen, um den richtigen Weg zu ringen und ihn dann zu beschreiten. Einen Weg in eine sichere Zukunft für Deutschland. CDU und CSU stehen für Sicherheit in neuen Zeiten.

III. Kölner Leitsätze einer neuen Sicherheitspolitik:

1. Den Bürgern Freiheit in Sicherheit zu gewähren ist die wichtigste Aufgabe eines demokratischen Rechtsstaates. Sicherheit umfasst alle Aspekte der Existenz einer Gesellschaft in Souveränität und Selbstbestimmung. Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert ist für die Union aus CDU und CSU eine Politik der vernetzten und ressortübergreifenden umfassenden Wahrung der Freiheit. Wir als Union stehen für eine neue strategische Kultur von Sicherheit in und für Deutschland. Sie muss aufgrund einer breiten Debatte gesellschaftlich fest verankert werden. Mit den europäischen Freunden und in transatlantisch partnerschaftlicher Lastenteilung wollen wir sie in eine europäische strategische Kultur einbringen. Dabei müssen Härte und Diplomatie, Verteidigungsbereitschaft und zivile Zusammenarbeit sowie Sicherheitsindustrie und Rüstungskontrolle effektiv verbunden werden. Das Ziel dabei muss auch eine europäische

Verteidigungs- und Abschreckungskapazität sein. Hierzu sollte kurzfristig als Ausdruck einer weiter verstärkten Zusammenarbeit eine für alle Partner in Europa offene deutsch-französische Initiative ergriffen werden.

2. Sicherheitspolitik ist Sicherheit vor äußeren Bedrohungen. Deutschland braucht Strukturen der Wehrhaftigkeit. Moderne Verteidigungskräfte, die auf höchstem technologischem Niveau mit hochqualifizierten Soldatinnen und Soldaten analoge und digitale Bedrohungen und Angriffe durch glaubhafte Abschreckung gewährleisten braucht das Land. Die deutschen Verteidigungsausgaben müssen langfristig und stabil auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung erhöht werden und die von Bundeskanzler Scholz versprochenen 100 Mrd. Euro müssen effektiv und zielgerichtet in den Aufbau moderner Verteidigungskräfte investiert werden und dürfen nicht mit Ausgaben für andere Bereiche wie Entwicklungszusammenarbeit oder humanitären Hilfen verrechnet werden. Das „Fahren auf Sicht“ muss angesichts des neuen Bedrohungsszenarios ein Ende haben und militärisches Gewicht ebenso wie Diplomatie als politisches Instrument verstanden werden. Wir müssen unsere geografische Lage und unserem Leistungspotential entsprechend einen Beitrag für die Sicherheit Europas leisten – als logistische Drehscheibe und mit Hochwertfähigkeiten in allen Dimensionen. Die Landes- und Bündnisverteidigung muss der Maßstab unseres Handelns sein. Unsere Verbündeten und Freunde warten auf uns. Gleichzeitig müssen wir uns auch vor Cyber-Angriffen aus dem Ausland besser schützen. Wir müssen Desinformation und Informationsmanipulation aus dem Ausland aufdecken, die Bürgerinnen und Bürger über Fake-News informieren und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen.

3. Sicherheitspolitik ist innere Sicherheit. Die innere Sicherheit lebt von der Abwehr und Bekämpfung von jeglicher Kriminalität ebenso wie von der Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Integration und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Menschen in Deutschland sollen frei und sicher leben können. Deshalb setzen wir auf einen starken Staat, der personell und auch bei der Ausstattung in der Lage ist, seine Bürger zu schützen. Wir brauchen Fahndungsmethoden auf der Höhe der Zeit und müssen gerade die Schwächsten unserer Gesellschaft jederzeit und überall – und damit gerade auch im Netz –

schützen. Die Menschen in Deutschland leben gern in Stadt und Land und wollen dies auch weiterhin ohne Angst um ihr Leben und in guter Nachbarschaft tun. Es geht um Geborgenheit und Sicherheit in den eigenen vier Wänden und der Nachbarschaft.

4. Sicherheitspolitik ist wirtschaftliche und soziale Sicherheit im Alltag. Die Arbeitsplatzsicherheit von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, genauso wie von Selbstständigen hängt von krisensicheren Lieferketten, verlässlichen Handels- und Produktionspartnern ebenso ab wie von der Bekämpfung von Inflation und Geldentwertung. Die Menschen in Deutschland wollen einen sicheren Arbeitsplatz, um sich entfalten zu können und benötigen daher auch die Gewissheit, von ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten leben zu können. Deswegen ist es richtig, dass in dieser Zeit der Inflation der Mindestlohn erhöht wird. Und deswegen ist es jetzt auch dringlich, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie Handwerk, Mittelstand und Industrie bei den hohen Energiepreisen endlich durch umfassende Senkungen der Umsatz-, Strom- und Energiesteuer entlastet werden. Der Einkommenssteuertarif muss an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angepasst werden, auch um die Inflationswirkungen bei den Einkommen zu dämpfen.

5. Sicherheitspolitik umfasst sichere Energie und nachhaltige Klimatechnologien. Freiheit in der Energie- und Klimapolitik bedeutet, dass sich Deutschland aus der Abhängigkeit von autoritären Lieferstaaten fossiler Energieträger befreit, Energieeffizienz und ein Maximum an erneuerbaren Energien voranbringt. Die verstärkte Nutzung heimischer Energiequellen und Import von Erneuerbarer Energie und von Wasserstoff aus Partner-Staaten sind dabei die tragenden Säulen einer Gesamtstrategie. Die Nachbarschaft Europas zu wind- und sonnenreichen Regionen ist dabei eine große Chance. Der Schlüssel dafür ist ein beschleunigter Netzausbau. Die Diversifizierung der Lieferwege, wozu auch Leitungen aus dem Süden Europas gehören, sind ein weiterer Baustein. Grüner Wasserstoff muss auch in diesem Zusammenhang schneller als bisher geplant als Energieträger nutzbar gemacht werden – und zur weiteren Beschleunigung wird blauer Wasserstoff eine Rolle spielen. Nach dem Krieg gilt es, auch in der Ukraine den Wiederaufbau mit einer transformativen Energiepartnerschaft zu verbinden.

6. Sicherheitspolitik bedeutet auch Sicherheit in der Ernährung. Eine Weltbevölkerung von 10 Milliarden Menschen um das Jahr 2050 verlangt heute bereits über eine andere Ernährungspolitik nachzudenken. Nahrung ist ein grundlegendes Bedürfnis des Menschen. Deutschland und die EU sollten ihre Nahrungs- und Erzeugungspolitik im Lichte der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Welternährungsproduktion überdenken. Zum einen müssen Programme zur Flächenstilllegung überdacht werden, zum anderen brachliegende Flächen in den südlichen und südöstlichen Nachbarschaften Europas stärker unter sicherheitspolitischen Aspekten entwickelt werden. Die Menschen brauchen ihr tägliches Brot. Die offensichtliche Gleichgültigkeit, mit der die Bundesregierung die von der EU eingeräumte Möglichkeit zur Nutzung von Brachflächen für die Ernährung ausschlägt, wird der ethisch-moralischen Verantwortung Deutschlands nicht gerecht. In CDU und CSU sind wir uns unserer humanitären Verantwortung, die nicht an den Grenzen Deutschlands enden darf, bewusst. Jedes Brot, das wir mit Weizen aus Deutschland zusätzlich backen können, ist ein Beitrag im Kampf gegen den Hunger und trägt insofern zu Stabilität und Sicherheit bei – auch in Afrika oder Nahost. Deswegen sollten jetzt dringend die EU-rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, ökologische Vorrangflächen vollständig für den Nahrungsmittelanbau zu nutzen. Wir möchten weder, dass Menschen von Aggressoren zur Flucht getrieben und als Waffe benutzt werden, noch, dass sie ihre Heimat aufgrund von Klimakatastrophen oder Hungersnöten verlassen müssen. Unsere sicherheitspolitische Verantwortung muss deshalb auf einem ganzheitlichen Ansatz basieren, bei dem die Frage, wie Menschen in anderen Regionen der Welt ebenso in Sicherheit und Frieden leben können, eine zentrale Rolle spielt.

7. Sicherheitspolitik bedingt eine moderne staatliche Verwaltung. Die Pandemie hat die Defizite und Schwächen der Verwaltungen Deutschlands und anderer europäischer Staaten offengelegt. Die Lehre daraus muss eine umfassende Verwaltungsreform in Deutschland sein, die in einer Partnerschaft mit den Bürgern und Bürgerinnen zu einer deutlichen stärkeren Nutzung digitaler Technologien und Prozesse führen muss und mit spürbaren Erleichterungen im Alltag einhergeht. Durch ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz, die Fortsetzung der Registermodernisierung und die Einführung einer marktfähigen digitalen Identität sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern

einen spürbaren Abbau von Bürokratie verschaffen. Das erhöht auch die Handlungsfähigkeit des Staates selbst.

8. Sicherheitspolitik benötigt Forschung und Innovation. Die Anstrengungen unterschiedlichster Disziplinen der Wissenschaft zu einem besseren Verständnis alltäglicher und struktureller Gefahren des Lebens sind auch in Deutschland auf einem sehr hohen Niveau. Es gilt all diese Erkenntnisse zu bündeln und daraus ein sehr viel stärker präventives sicherheitspolitisches Handeln erwachsen zu lassen. Gefahr erkannt, Gefahr gebannt wie der Volksmund richtig sagt. Der private Sektor ist kraft seiner großen Ressourcenfülle ein immenser Wissensträger im Bereich Risikoerkennung und Risikomanagement. Die Kooperation mit dem privaten Sektor und Universitäten ist von kritischer Bedeutung für eine wirksame umfassende Sicherheitspolitik des Staates.

9. Sicherheitspolitik braucht einen Ort in der Regierung. Sicherheitspolitik muss fortan ressortübergreifend und unter Einbeziehung der Länder und Kommunen, sowie dem privaten Sektor gedacht und konzipiert werden. Eine umfassende Lagebeschreibung mittels eines Gefahrenradars und darauf sich stützende strategische Vorausschau in einem Nationalen Sicherheitsrat sind zwingende Voraussetzung für das Gelingen einer Sicherheitspolitik für neue Zeiten.

10. Sicherheitspolitik muss transparent und informativ erfolgen. Eine umfassende Sicherheitspolitik muss von einer offenen Kommunikation über Ziele und Maßnahmen begleitet werden. Die Legitimität staatlichen Handelns in der umfassenden und vernetzten Sicherheitspolitik basiert auf dem Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen. Geschichtliche Hintergründe alleine reichen nicht aus, um Legitimität dauerhaft zu begründen. Der UN-Sicherheitsrat mit Russland als Vetomacht erscheint nicht mehr zeitgemäß und dringend reformbedürftig.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg des russischen Präsidenten Putin auf die Ukraine hat allen vor Augen geführt, dass auch in Europa die freiheitlichen Demokratien wieder von äußeren Feinden militärisch bedroht sind. In der Tat macht dies eine Zeitenwende in der deutschen Politik erforderlich. Die Deutschen machen sich große Sorgen um ihre Sicherheit,

ihre Versorgung, ihre Zukunft. Auch uns geht es nicht anders und wir werden daher alles tun, damit unser Land durch eine besonnene, entschlossene und vorausschauende Politik eine gute, sichere Zukunft hat. CDU und CSU werden ihren Beitrag dazu leisten.